

Antrag

der Abgeordneten Gunnar Uldall, Birgit Schnieber-Jastram, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Hansjürgen Doss, Albrecht Feibel, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Jürgen Gehb, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Ulrich Klinkert, Dr. Martina Krogmann, Dr. Norbert Lammert, Vera Lengsfeld, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Elmar Müller (Kirchheim), Bernd Neumann (Bremen), Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Thomas Rachel, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Dietmar Schlee, Max Straubinger, Andrea Voßhoff, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl und der Fraktion der CDU/CSU

Beschäftigung als Ziel der Wirtschaftspolitik herausstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mehr Beschäftigung ist der Schlüssel zu mehr Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Zu Recht wird deshalb ein „hoher Beschäftigungsstand“ im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz als wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik genannt. Wenn Beschäftigungschancen – so wie derzeit – nicht genutzt werden, ist dies mit hohen sozialen, wirtschaftlichen und budgetären Kosten verbunden.

Eine günstigere Beschäftigungsentwicklung hängt in erster Linie ab von der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, von der Beschäftigungsfähigkeit und Qualifikation der Arbeitnehmer, von funktionsfähigen Arbeitsmärkten und von effizienten, wettbewerbsbestimmten Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten. Um hier Fortschritte zu erzielen und somit eine dynamischere Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung zu erreichen, ist eine wirtschaftspolitische Strategie erforderlich, die sowohl das Wachstum steigert als auch die sog. Beschäftigungsschwelle senkt.

Eine solche wirtschaftspolitische Strategie muss durch eine entsprechende Statistik begleitet werden. Es ist notwendig, die Entwicklung der Beschäftigung besser als bisher nachvollziehbar und übersichtlich darzustellen und zu kommunizieren. Deshalb brauchen wir eine umfassende und zeitnahe Beschäftigungsstatistik, die als zentrale Größe die Beschäftigtenzahl insgesamt enthält. Wichtig ist selbstverständlich nach wie vor die Arbeitslosenzahl, sind aber auch Angaben zur sektoralen und regionalen Gliederung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, zur Teilzeitbeschäftigung, zur geringfügigen Beschäftigung und zur Entwicklung des Erwerbspotentials. Dabei werden die Schwierigkeiten, die genannten Zahlen regelmäßig, präzise und aktuell zu er-

bringen, durchaus erkannt. Dennoch zeigen Erfahrungen etwa aus den USA, dass es durchaus möglich und sinnvoll ist, den verengten Blick auf die Arbeitslosenzahlen durch eine eingehende Analyse der Beschäftigtenentwicklung zu erweitern.

Eine solche Beschäftigungsstatistik ist als Maßstab erfolgreicher Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wesentlich besser geeignet als die zurzeit fast ausschließliche Fokussierung auf die Arbeitslosenzahl bzw. -quote. Diese beschränkende Betrachtungsweise ist vor allem deshalb wenig hilfreich, weil sie eine Zahl in den Mittelpunkt des Interesses rückt, die wesentlich leichter als die Beschäftigtenzahl von politischen Einzelmaßnahmen oder statistischen Definitionen beeinflussbar ist. Auch ist festzustellen, dass selbst eine erfolglose Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik bei einer günstigen demographischen Entwicklung Erfolge bei der Arbeitslosenstatistik vorzeigen kann. So ist z. B. trotz einer um 150 000 gesunkenen Arbeitslosenzahl die Beschäftigtenzahl im Dezember 1999 gegenüber dem Vorjahresmonat ebenfalls gesunken und zwar um 20 000 Personen.

Die derzeitige Praxis führt darüber hinaus dazu, dass defensive wirtschaftspolitische Strategien gegenüber offensiven Konzepten relativ attraktiver werden. Wer das Hauptaugenmerk auf die Arbeitslosenzahl richtet, wird Programme bevorzugen, die mittels Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Frühpensionierungen o. ä. versuchen, an den Symptomen zu kurieren. Der nur mittel- oder langfristig wirksam werdende und dornenreiche Weg struktureller Reformen, der nötig ist, um Beschäftigungserfolge zu erzielen, ist hingegen relativ unattraktiv, weil statistisch vorzeigbare Erfolge auch anders und leichter zu erreichen sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Beschäftigtenzahl möglichst zeitnah zu der Arbeitslosenzahl veröffentlicht werden kann, ggf. in Form einer Prognose, die später durch die tatsächlichen Zahlen ergänzt wird.
2. über die Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland regelmäßig umfassend Bericht zu erstatten. Dabei soll insbesondere dargestellt werden:
 - die Beschäftigtenzahl insgesamt (monatlich)
 - die sektorale und regionale Aufgliederung der Beschäftigung
 - die Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung und der geringfügigen Beschäftigung
 - die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials
 - die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der üblichen Aufgliederung.
3. eine solche neukonzipierte Beschäftigungsstatistik mit geeigneten Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit in das Zentrum der Berichterstattung zu rücken.

Berlin, den 21. März 2000

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion